



Keine Mehrheit für mehr Europa

Euro und Schengen-Abkommen stehen auf dem Spiel – wenn sich die europäischen Staaten nicht dazu durchringen können, die Union zu verändern – meint **Alexander von Sobeck**, Südeuropa-Korrespondent des ZDF. Die EU habe nach dem Zerfall der Sowjetunion viele Chancen verpasst.

Von **Armin Neidhardt**

Die Zukunft Europas dürfte sich an der Flüchtlingsfrage entscheiden. Ein Fortfahren ohne klare Vision, wie sich Europa weiterentwickeln soll, werde die Fliehkräfte noch verstärken. Nur ein radikales Umdenken der Politiker könne den drohenden Zerfall der Europäischen Gemeinschaft aufhalten. Dieses düstere Bild zeichnete Alexander von Sobeck Ende April in Saarbrücken. Der Leiter des ZDF-Auslandsstudios in Rom war

Gastredner auf Einladung der Franz Martz & Söhne Private Treuhand im Saarbrücker Schloss.

Hoffnung, dass dieses Europa doch noch die Kurve bekomme, macht ihm die seit einigen Wochen immer stärker werdende Bewegung „March for Europe“ in vielen europäischen Städten. Vor allem das von Studenten ausgearbeitete „Manifest von Europa“ sei eine Handlungsanleitung für die etablierte Politik, gemeinsam für die europäischen Werte

einzustehen und ihre „Erbhöfe“, sprich Privilegien, endlich zu verlassen.

Am Beispiel der Präsidentschaftswahlen in Frankreich führte der Journalist und Publizist den rund 200 Zuhörern nochmals deutlich vor Augen, dass das Wahlergebnis einem Erdbeben in der politischen Landschaft gleichkomme. „Die etablierten Parteien sind vom Wähler so deutlich wie noch nie in der Fünften Republik abgestraft worden.“ Über 40 Prozent haben ihre Stimme extremen Parteien gegeben, die Euro und EU am liebsten abschaffen würden. Die Sozialisten wurden mit etwas über sechs Prozent auf eine Splitterpartei reduziert. Zudem wurde ein unabhängiger Kandidat gewählt, der gar keine Partei hinter sich hat. Auf deutsche Verhältnisse übertragen hieße das, wie im „Spiegel“ berichtet, Jens Spahn trete gegen Frauke Petry an. In Deutschland vermutlich derzeit noch unvorstellbar.

Immerhin sei es gelungen, den Vormarsch der Populisten etwas zu stoppen. Sei es nun in Österreich bei den letzten Präsidentschaftswahlen oder in den Niederlanden. Trotzdem bleibt beim Blick auf die politischen Kräfteverhältnisse in den jeweiligen europäischen Mitgliedsstaaten ein ungutes Gefühl. Ungarn und



Die EU erweitere sich, statt sich zu vertiefen, kritisiert Experte von Sobeck.

Polen scheren sich wenig um Solidarität in Europa, verfolgen nur ihre eigenen Vorteile. Die Briten haben offiziell ihr Scheidungsschreiben in Brüssel eingereicht. Obwohl Griechenland im Juli die nächste Geldtranche vom Rettungsfonds und IWF bekommen wird, steht die wirtschaftliche und finanzielle Zukunft des Landes mehr denn je in den Sternen. „Die Politiker haben der nächsten Griechenlandrettung doch nur zugestimmt, um in diesem Jahr nicht noch mehr Unruhe in Europa zu haben“, so von Sobeck. Italien könnte der nächste Kandidat sein, dessen Bankensystem kurz vor dem Absturz steht.

Doch Abschottung und ein Rückfall in Nationalstaaten kann und darf keine Lösung sein. Dafür sei Europa mit 60 Jahren das größte Friedensprojekt aller Zeiten. „Viele junge Menschen kennen keinen Krieg, für sie ist Frieden selbstverständlich.“ Dieses Auseinanderdriften der europäischen Solidarität nutzen Politiker wie Putin oder Erdogan schamlos aus und treiben genüsslich einen Keil zwischen die Mitgliedsstaaten. Und obendrein ein amerikanischer Präsident Trump, der vor allem durch seine Unberechenbarkeit besticht. Europa müsse sich auf seine Werte besinnen, sich selbst reformieren und

endlich festlegen, wie die europäischen Staaten zusammenleben wollen, so wie es der Kommissionspräsident Juncker in seinem Fünfpunkte-Modell vorgeschlagen hat: ein Europa wie bisher mit der Gefahr des Scheiterns, ein reiner Binnenmarkt als Minimalkonsens, ein themenbezogenes Europa, ein Europa, das sich auf Kernaufgaben beschränkt oder eben ein Europa mit viel mehr Gemeinsamkeiten als heute. Doch diesem föderalen Europa fehle die demokratische Legitimation. Sowohl in der Politik als auch in der Bevölkerung der Mitgliedstaaten sei keine Mehrheit dafür vorhanden.

„Europa in seiner heutigen Form ist ein Europa der verpassten Chancen“, so von Sobeck. Nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion und dem Fall der Mauer gab es in ganz Europa eine noch nie dagewesene Aufbruchsstimmung. Diese Chancen, eine gemeinsame Vision zu entwickeln und in Europa eine bessere Ordnung zu schaffen, habe man schlicht und ergreifend nicht genutzt oder damals nicht erkennen wollen. „Mehr denn je sind wir wieder von militärischen Auseinandersetzungen direkt vor unserer Haustür bedroht.“

Auch die EU selbst habe es verpasst, sich zu reformieren. Anstatt die EU zu vertiefen, wie Alt Bundeskanzler Kohl es forderte, hat sie sich erweitert auf heute 28 – durch den Austritt der Briten demnächst 27 – Mitglieder. Bei so vielen Staaten wäre es eine Notwendigkeit gewesen, das Gebot der Einstimmigkeit abzuschaffen. Gescheitert ist das an den Eitelkeiten von Chirac und Schröder auf dem EU-Gipfel in Nizza im Jahr 2000. Bei der Asylpolitik wird dieser Fehler heute mehr denn je sichtbar.

Die derzeitige Massenflucht stellt Europa vor die größte Herausforderung aller Zeiten. Rund 60 Millionen Menschen befinden sich laut OECD derzeit weltweit auf der Flucht. Rund 19 Millionen Afrikaner machen sich auf den Weg nach Europa. Die Flüchtlingskrise berge ein enormes Erpressungspotenzial, und das machen sich derzeit Griechenland und die Türkei zu nutze. An dieser Krise sei das Versagen der etablierten Politik deutlich zu sehen, so von Sobeck. Sie polarisiere alle Länder, die Debatte werde emotional, hasserfüllt, mit gegenseitigen Schuldzuweisungen und oftmals aus Unkenntnis heraus geführt.



Alexander von Sobeck leitet das ZDF-Studio in Rom.

Laut italienischem Innenministerium seien allein über Ostern 8.360 Flüchtlinge von Afrika nach Italien gekommen. Experten erwarten alleine in diesem Jahr über die Mittelmeerroute nach Italien über 400.000 Flüchtlinge, und die wollen gar nicht in Italien bleiben. Ein Blick auf die Herkunftsländer zeige, dass der überwiegende Teil aus rein wirtschaftlichen Gründen fliehe. Ohne Lösung der Flüchtlingskrise werde Europa aber scheitern, ist sich von Sobeck sicher. „Die Politik muss festlegen, welche Art von Zuwanderung wir wollen, wie viele Flüchtlinge der Arbeitsmarkt und

die Sozialsysteme vertragen und was der eigenen Bevölkerung zugemutet werden kann.“ Die

Sicherung der Außengrenzen, die Überprüfung der Asylsuchenden, ein Quotensystem und ein Einwanderungsgesetz müssen her und nicht eine unkoordinierte Willkommenskultur, die irgendwann in Ablehnung umschlägt und letztlich die wirklich Schutzsuchenden trifft. „Integration in Deutschland bedeutet Arbeit, Wohnung, Sozialhilfe. Es geht keine identitätsstiftende Wirkung von ihr aus. Da müssen wir umdenken.“

Das freie Reisen in Europa, wie es im Abkommen von Schengen definiert ist und die gemeinsame Währung Euro stehen auf dem Spiel, wenn die Flüchtlingskrise nicht gelöst wird. „Der Kitt, der Europa zusammenhält, sind der Euro und Schengen. Und dieser Kitt droht, aus dem Rahmen zu fallen.“ ●

Absage an die Willkommenskultur